

SPD-Kreistagsfraktion

Kreistagsfraktion

Nm

An die
Kreisverwaltung
Bad Dürkheim

*→ 7.1.14 im Rahmen JHR-Sitzung
p. 117*

Z.H. Herrn Dezernenten Potje

Kinder- und Jugendhilfeausschuss-
Tagesordnungspunkt als Sachstandsbericht: "Schulsozialarbeit im Landkreis "

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten das Thema „Schulsozialarbeit „ in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen zu behandeln. Das Land finanziert z.B. 30 600,-Euro für einen Schulsozialarbeiter an einer Hauptschule. Da „Schulsozialarbeit“ auch die Jugendhilfe tangiert, erscheint es uns korrekt dies im Jugendhilfeausschuss zu beraten, da der Vernetzungsgedanke auf der Hand liegt. Schon jetzt wird Schulsozialarbeit im Landkreis z.B. beim Thema „Streitschlichtung“ etc. finanziert. Diese Maßnahmen waren und sind sehr erfolgreich.

Desweiteren bitten wir um Information, ob eine Bezuschussung für Schulsozialarbeit bei den Regionalschulen möglich wäre.

Der Vernetzungsgedanke von Schulsozialarbeit und Jugendhilfe wäre uns sehr wichtig, es gäbe Synergieeffekte.

Frau Bildungsministerin Doris Ahnen spricht von einem Erfolgsmodell an den 71 Schulen mit Schulsozialarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Haro Schreiner

Dr. Haro Schreiner, im Auftrag der SPD-Kreistagsfraktion

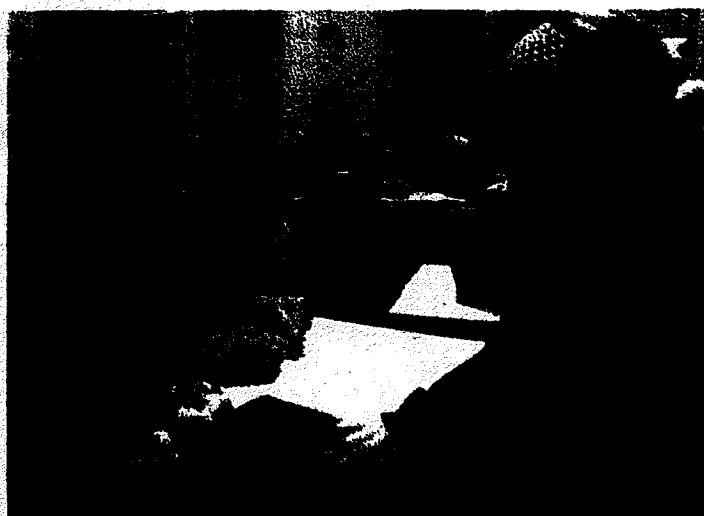
10.7.06



zeptionen in den Sozialraum eingebunden sein, sich an der Jugendhilfe- und Bildungsplanung beteiligen und Schule muss sich mit anderen Angeboten von Jugendhilfe und weiteren Partnern vernetzen.

Schule finden. Der vorgelegte Entwurf des Kooperationsverbundes ist im Sinne von Klarheit und Fachlichkeit hilfreich.

Auch der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit e.V., Prof. Dr. Rainer Wendt,



- Schulsozialarbeit soll als verpflichtendes Modul beziehungsweise berufliche Spezialisierung in die reformierten Studiengänge der Bachelor und Master of Arts im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik aufgenommen und angeboten werden.

Hans-Jürgen Pokall, Landesschulrat in Berlin, begrüßte als Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) die Initiative des Kooperationsverbundes und wies auf die von der KMK eingeforderte Verknüpfung von Jugendhilfe und Schule und die Notwendigkeit einer vertrauensvollen und gleichberechtigten Partnerschaft dieser Institutionen hin. Die Ziele der Schulsozialarbeit - bezogen auf Schüler und Schülerinnen, Schule, Sozialraum, Lehrer und Lehrerinnen sowie Eltern - sind, so Pokall, inzwischen anerkannt, ihre Umsetzung ist notwendig und hilfreich für gelingende Bildungsprozesse. Es gibt einen hohen Bedarf, dass sozialpädagogische Inhalte und Arbeitsweisen Eingang in die

begrüßte die Arbeit des Kooperationsverbundes ausdrücklich: „Damit wird eine besondere professionelle Kompetenz für die Schulsozialarbeit ausgewiesen.“ Er führte weiter aus: „Die Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit unterstützt auch die Forderung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit nach einer Master-Ausbildung in der Schulsozialarbeit an den Hochschulen.“

In den Beiträgen der vertretenen Hochschulen, durch die deren gegenwärtige Ausbildungssituation für die Schulsozialarbeit skizziert wurde, wurde die grundsätzliche Zustimmung zu dem Konzept des Kooperationsverbundes deutlich.

Anita Maile, Bologna-Beraterin der Hochschulrektorenkonferenz, betonte, dass der europäische Bologna-Prozess durchaus fordernde, neue Handlungsfelder und Berufsbilder entstehen zu lassen. Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit wird nunmehr an der Ausformulierung und Umsetzung des Berufsbildes weiterarbeiten und das Anforderungs-

profil der Schulsozialarbeit weiter schärfen. Wissenschaft und Praxis benötigen Sicherheiten und Perspektiven, hohe Fachlichkeit und Qualität in diesem Arbeitsfeld. Der Kooperationsverbund wird das von ihm entwickelte „Berufsbild und Anforderungsprofil der Schulsozialarbeit“ der Fachöffentlichkeit zur Verfügung stellen und mit den beteiligten Vertreter und Vertreterinnen aus Lehre und Trägerkreisen, aus Politik und Verwaltung weiter diskutieren.

Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit wurde im Jahr 2001 zum Zweck des fachlichen Austauschs von Wissenschaft, Praxis und Trägern gegründet. Ihm gehören Expertinnen und Experten aus Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband, Deutschem Roten Kreuz, Generalsekretariat, Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, IN VIA Katholische Mädchensozialarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EUSA) und dem GEW-Hauptvorstand an.

Sozialarbeiter für alle Hauptschulen

Land bietet Hilfe an

► MAINZ (epd). Alle Hauptschulen in Rheinland-Pfalz sollen Schulsozialarbeiter bekommen. Die Landesregierung biete den Trägern der Jugendhilfe, den Landkreisen und kreisfreien Städten, finanzielle Hilfe an, um in den kommenden Jahren Stellen für Schulsozialarbeit einzurichten, sagte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) gestern in Mainz-Gonsenheim. Das „Erfolgsmodell“ Schulsozialarbeit habe sich im Land und bundesweit bewährt.

„Die positiven Erfahrungen an den derzeit 71 Schulen mit Schulsozialarbeit haben uns ermutigt, den Schritt zu einem flächendeckenden Ausbau zu gehen“, sagte Ahnen. Um Kindern bessere Bildungschancen zu verschaffen und um Hauptschüler wirksam zu unterstützen, sollten Schulen, Jugendhilfe und die Familien der Schüler künftig enger zusammenarbeiten. Schulsozialarbeit helfe den Schulen, zusätzliche Beratungen und Hilfen anzubieten. Das Land fördert laut Ahnen die Schulsozialarbeit mit einem Festbetrag von 30.600 Euro pro ganzer Stelle und 15.300 Euro für eine halbe Stelle. Die Landesförderung decke jeweils etwa zwei Drittel der anfallenden Kosten. Die restliche Finanzierung müssten die örtlichen Jugendhilfeträger sicherstellen, die bei der Einrichtung der Stellen auch mit freien Trägern zusammenarbeiten könnten.

Im laufenden Schuljahr seien 21 neue Standorte für Schulsozialarbeit eingerichtet worden, sagte Ahnen. Neun weitere seien für das kommende Schuljahr geplant. Ein flächendeckendes Angebot soll mit der Erweiterung um 115 eigenständige Hauptschulen und verbundene Grund- und Hauptschulen entstehen. Dafür würden ab dem Jahr 2007 weitere 1,7 Millionen Euro bereitgestellt. Rheinland-Pfalz hatte zum Schuljahr 1994/95 an der Kaiserslauterer Barbarossa-Hauptschule mit dem planmäßigen Aufbau der Schulsozialarbeit an Hauptschulen begonnen.

Der rheinland-pfälzische Verband Bildung und Erziehung (VBE) sieht durch Ahnens Ankündigung seine Forderungen nach mehr Schulsozialarbeit bestätigt. Die Landesregierung müsse diese weiter ausbauen und dabei alle Schularten - insbesondere die Grundschulen - in ein pädagogisches Netzwerk von Schule und Jugendhilfe einbeziehen, sagte der Landesvorsitzende des Lehrerverbandes, Johannes Müller. Mehr Schulsozialarbeiter lösten allerdings die grundlegenden Probleme der Hauptschule nicht. Für den Hauptschulbildungsgang müssten endlich Perspektiven entwickelt werden, um eine soziale und pädagogische Gettoisierung zu vermeiden. for-

*Ans: Sozialmagazin 16/06
560*